

Newsletter Bremen September 2018

Am 25.10. findet die jährliche **Mitgliederversammlung** der Landesgruppe am Landesinstitut für Schule statt, auf der auch ein neuer Vorstand gewählt werden soll. Den Auftakt bildet um 17 Uhr ein öffentlicher **Vortrag** zum Thema „Einkommensarmut von Familien in Bremen - was heißt das für die Kinder?“. Für den Vortrag konnte Herr Schwarzer, Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen, gewonnen werden. Er wird aktuelle Entwicklungen, bezogen auch auf einzelne Stadtteile, darstellen. In einem anschließenden Beitrag zu der Frage „Was kann Schule konkret tun?“ werden Maresi Lassek u. a. aus der Landesgruppe Erwartungen an Politik und Behörde, aber auch konkrete Möglichkeiten für die Schulen ansprechen.

In Bremen ist ein „**Bildungsplan 0 bis 10**“ in Vorbereitung. Nach Vorlage der Eckpunkte für den Rahmen eines kontinuierlichen Bildungsgangs arbeiten zurzeit Fachkommissionen mit Vertreter*innen aus Kita und Grundschule an Konzepten für die verschiedenen Lernbereiche. Der Grundsschulverband dringt auf eine fachliche Beteiligung an diesem Entwicklungsprozess.

Das **Bremer Bündnis für Bildung**, an dem sich auch der Grundsschulverband beteiligt, hat sich erneut mit der Senatorin zur Erörterung aktueller Fragen, z. B. der Verlängerung des „Schulfriedens“ (Inklusion, 2-Säulen-System auf der Sekundarstufe) getroffen. Um die Einstellungsverfahren für Seiteneinsteiger durchsichtiger zu machen und die Position von Bewerber*innen zu stärken, wurde vereinbart, eine Ombudsstelle einzurichten. Angesichts der Aufgabenfülle im Schulalltag ist außerdem eine wichtige Forderung des Bündnisses an Politik und Verwaltung, transparente Arbeitsplatzbeschreibungen für Lehrer*innen und andere pädagogische Fachkräfte zu schaffen.

Mit der Grundschulreferentin der senatorischen Behörde, Nikola Schroth, steht ein Gespräch über die Erfahrungen mit den **Bremer Lese-Intensiv-Kursen (BLIK)** an. Bremen bietet seit dem Jahr 2000 für Kinder mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesenlernen im zweiten Schulbesuchsjahr auf zehn Wochen befristete Intensivkurse an, bei denen die Kinder aus dem Regelunterricht, je nach Standort auch aus ihren Schulen, genommen und intensiv in schriftsprachlichen Basisfertigkeiten gefördert werden. Da

aus dem Kreis der Mitglieder sehr unterschiedliche Einschätzungen zu Inhalt, Form und Wirkung dieser Kurse vorliegen, wollen wir uns mit der Behörde über Standards und Perspektiven für dieses Programm, eventuell auch Alternativen einer integrierten Förderung austauschen.

Im Auftrag der Landesgruppe
Hans Brügelmann/ Maresi Lassek
21.9.2018